

Sehr geehrte Frau Schmidt,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 16. August diesen Jahres. Ich möchte Ihre Fragen zu umweltpolitischen Themen gerne wie folgt beantworten:

1. Sind Sie für einen vollständigen Atomausstieg bis 2015?

Die FDP hat in dieser Bundesregierung mit dafür gesorgt, dass die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität zum frühestmöglichen Zeitpunkt – zeitlich gestaffelt – beendet wird. Der Deutsche Bundestag hat hierzu am 30. Juni 2011 das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes verabschiedet; das Gesetz ist am 6. August 2011 in Kraft getreten. Wir werden schrittweise, jedoch spätestens bis Ende 2022, vollständig auf die Nutzung der Kernenergie zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität in Deutschland verzichten – und damit schneller als jede andere Regierung zuvor dies jemals geplant hatte. Die während der einstweiligen dreimonatigen Betriebseinstellung bereits abgeschalteten sieben ältesten Kernkraftwerke sowie das Kernkraftwerk Kümmel bleiben dauerhaft vom Netz.

Wir sind mit diesem Zeitplan nah die Grenze dessen gegangen, was den Menschen in unserem Land wirtschaftlich und sozial zugemutet werden kann. Die Kosten der Erzeugung von Strom aus regenerativen Quellen ist auf der Ebene der variablen Kosten wesentlich günstiger als die konventionelle Stromerzeugung. Wenn die Strompreise dennoch steigen, so liegt dies auch daran, dass zu den reinen Erzeugungskosten u. a. Noch die Kosten der Netzanbindung und der Netzstabilisierung hinzugerechnet werden müssen. Auch die Gewährleistung von Versorgungssicherheit gehört als – nicht zuletzt auch soziale – Zieldimension gleichberechtigt zu einer nachhaltigen Stromversorgung. Eine weitere Dimension der Nachhaltigkeit betrifft, wie Sie wissen, die Wirtschaftlichkeit. Hier ist zu beachten, dass neben den Arbeitsplätzen, die durch die Energiewende geschaffen werden, auch die Arbeitsplätze in energieintensiven Branchen berücksichtigt werden müssen, die durch allfällig steigende Stromkosten wegfallen oder gar nicht erst entstehen.

Außerdem haben mit Verabschiedung des „Standortauswahlgesetzes“ die Grundlage für eine ergebnisoffene Suche für einen Endlagerstandort gelegt – ohne Vorfestlegung auf Gesteinsformationen noch auf einzelne Standorte. Sicherheit ist das oberste Gebot. Wir sind uns der Aufgabe unserer Generation bewusst.

Die Sicherheit – noch in Betrieb befindlichen – Reaktoren muss und wird auch weiterhin auf höchstem Niveau gewährleistet und insbesondere durch periodische Sicherheitsüberprüfungen sowie die laufende Überwachung durch die Atomaufsichtsbehörden kontrolliert werden.

2. Setzen Sie sich für eine rasche Schließung der UAA in Gronau ein?

Die Urananreicherungsanlage in Gronau (UAG) wird auf Grundlage von Recht und Gesetz zulässigerweise betrieben. Nach dem Reaktorunglück in Fukushima/Japan im März 2011 hatte das zuständige Landeministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk die periodische Sicherheitsüberprüfung der UAG um zwei Jahre vorgezogen. Das Ministerium hat alle sicherheitstechnisch relevanten Themen untersucht, die den Standort, die Standorteinwirkungen, die Auslegung und den Betrieb der Anlage sowie die Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen und zur Abmilderung von Unfallfolgen betreffen.

Zur Einstellung des rechtmäßigen und sicheren Betriebs der Urananreicherungsanlage gibt es keinen Anlass.

3. Halten Sie den Umstieg auf 100% Erneuerbare Energien bis 2050 für möglich und setzen Sie sich dafür ein?

Im Energiekonzept der von der FDP mitgetragenen Bundesregierung bzw. im Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien im Strombereich (EEG) ist vorgesehen, den Anteil der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch bis 2020 auf 35%, bis 2030 auf 50%, bis 2040 auf 65% und bis 2050 auf 80% zu erhöhen. Der Anteil Erneuerbarer Energien am Endenergieverbrauch für Wärme (Raum-, Kühl- und Prozesswärme sowie Warmwasser) soll laut Erneuerbaren-Energien-WärmeGesetz (EEWärmeG) bis zum Jahr 2020 auf 14% erhöht werden. Auf europäischer Ebene ist die Richtlinie 2009/28/EG zur Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen rechtlich verbindlich festgehalten, dass der Anteil der erneuerbaren Energien (EE) bis 2020 auf 20% am Gesamtenergieverbrauch innerhalb der EU betragen, ansteigen soll. Dieser Anteil wird auf die einzelnen Mitgliedstaaten heruntergebrochen, und Deutschland hat sich verpflichtet, den Anteil der EE bis 2020 am Gesamtenergieverbrauch auf 18% zu steigern. Hinzu treten bekanntlich sehr ehrgeizige Ziele hinsichtlich der Steigerung der Energieeffizienz und einer Realisierung von Energieeinsparungen.

Nach Überzeugung der FDP sollte Deutschland derzeit alles daran setzen, dass die Energiewende zum Erfolg geführt wird, indem die bereits formulierten Ziele glaubwürdig realisiert werden. Dies erscheint uns wichtiger als ein politischer Überbietungswettbewerb immer radikalerer Ziele vor immer weniger überblickbaren zeitlichen Horizonten. Bis jetzt kann sich Deutschland sehen lassen, was die Verwirklichung anspruchsvoller selbstgesteckter Ziele in diesem Bereich betrifft. Die FDP arbeitet daran, dass dies so bleibt.

4. Setzen Sie sich für eine dezentrale Stromversorgung aus einem Strommix aus Erneuerbaren Energien und effizienten Gasanlagen (als Brückentechnologie) ein?

Der große Zubau an erneuerbaren Energien stellt im Hinblick auf die Versorgungssicherheit besonders die Stromnetze vor immer größere Herausforderungen. Um dem zu begegnen, benötigen wir hochflexible Gas- und Kohlekraftwerke zum Ausgleich der schwankenden Wind- und Sonnenenergie und einen beschleunigten Netzausbau. Dies wird nur mit einem Marktdesign realisierbar sein, in dem nicht nur Kilowattstunden, sondern auch gesicherte Kapazitäten vergütet werden. Ein solches Marktdesign muss so gestaltet sein, dass es zu keinen einseitigen Belastungen der Verbraucher kommt.

Die FDP unterstützt und ermutigt bürgerschaftliches Engagement in dem Maß und in den Bereichen, in denen das Gemeinwesen davon profitiert. Auch die Beteiligung von Bürgern an Projekten regenerativer Energiegewinnung sehen wir in aller Regel mit Sympathie, vor allem dann, wenn diese darauf gerichtet sind, die Stromversorgung vorwiegend zum eigenen Verbrauch und also in eigener Verantwortung zu optimieren, und wenn die Gesamtheit aller Stromverbraucher dadurch entlastet wird. Nach Auffassung der FDP sollte Deutschland bei der Frage nach eher zentralen oder dezentralen Stromversorgungsstrukturen den zeitlichen Horizont der Energiewende und die damit verbundenen Strukturveränderungen nicht aus dem Blick verlieren. Um diesen Übergang

und damit den letztlichen Erfolg der Energiewende nicht zu gefährden, leisten die bisherigen zentralen Versorgungsstrukturen eine unverzichtbare Voraussetzung und Unterstützung. Außerdem muss der gesamteuropäische Zusammenhang der Stromversorgungsstrukturen beachtet werden, weil insbesondere der Übergang zu einer zunehmend von erneuerbaren Energien geleisteten Stromversorgung auf ein harmonisches Miteinander mit den Versorgungsstrukturen unserer Nachbarländer angewiesen ist.

Die Energiewende in Deutschland kann letztlich nur dann ein wirklicher Erfolg werden, wenn wir unsere Partnerländer durch ein überzeugendes Gesamtergebnis dafür gewinnen, sich der Grundrichtung der Energiewende anzuschließen. Schließlich sind die Bedürfnisse der Stromnachfrager in Deutschland durchaus unterschiedlich, was auch in den Stromversorgungsstrukturen berücksichtigt werden muss. Entscheidend ist vor diesem Hintergrund, ausreichend anpassungsfähige Strukturen zu bewahren. Generell bietet die Dezentralisierung jedoch Chancen, den Wettbewerb zu stärken und die Energiemärkte für den Mittelstand zu öffnen.

5. Sollten nur Agrotreibstoffe aus Biomasseresten und Nebenprodukten subventioniert werden?

Biomasse ist der wichtigste erneuerbare Energieträger für Strom, Wärme und Kraftstoff. Bei Biokraftstoffen wollen wir darauf achten, dass es nicht zu Konkurrenz zwischen Tank und Teller kommt. Die energiepolitischen Ziele für Biokraftstoffe müssen überprüft werden. Wir wollen durch Forschungsförderung die Entwicklung von Biokraftstoffen, die aus Reststoffen und organischen Abfällen hergestellt werden, vorantreiben, um Flächenkonkurrenz zu minimieren. Gleichzeitig wollen wir stärker auf Anreize zur Nutzung von Reinbiokraftstoffen statt auf starre Beimischungsquoten, wie bei E10, setzen.

6. Sollte Fracking generell verboten werden?

Beim Thema Fracking wollen wir die Möglichkeit zum Einsatz dieser Technologie in Deutschland aufrechterhalten, aber gleichzeitig den Schutz der Umwelt drastisch verbessern. Dabei hat für die FDP der Schutz des Grund- und Trinkwassers höchste Priorität. Das ist im Rahmen der Energiewende die bessere Antwort als ein Totalverbot von Technologien.

7. Sind Sie gegen die Genehmigung weiterer Kohlekraftwerke?

- siehe Antwort 4 -

8. Befürworten Sie, dass 5% der Landesfläche bis 2020 aus der wirtschaftlichen Nutzung genommen und gesetzlich geschützt werden?

Die FDP setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass das Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie zur Verringerung der Flächenanspruchnahme erreicht wird. Deshalb haben wir in der letzten Legislaturperiode hierzu ein Modellvorhaben zur Prüfung von Flächenausweisungszertifikaten durchgesetzt. Diesen Weg wollen wir konsequent weiter gehen und weitere Instrumente zur Schonung der Fläche prüfen.

9. Unterstützen Sie die Einrichtung eines Nationalparks in Ostwestfalen-Lippe?

Die Entscheidung zur Einrichtung von Nationalparks fällt in den Zuständigkeitsbereich der Länder.

10. Sind Sie für alterstrukturierte Laubmischwälder und gegen Fichten- und Kiefernmonokulturen im öffentlichen Wald?

Wald ist Erholungsraum, bildet artenreiche Biotop und ist Produktionsstandort des wichtigsten nachwachsenden Rohstoffes: Holz. Die christlich-liberale Koalition hat mit der Novellierung des Bundeswaldgesetzes und der Verabschiedung der Waldstrategie wichtige Erfolge für eine multifunktionale Nutzung unserer Wälder errungen. Diese bilden die Grundlage, um die Ansprüche an den Wald, die im Naturschutz, in der Produktion von Holz und in der Naherholung liegen, in Einklang zu bringen. Im Waldland Deutschland sollte es gelingen, den Bedarf am wichtigsten nachwachsenden Rohstoff Holz weitgehend aus eigener Produktion zu decken. Um die politische Arbeit wissenschaftlich zu begleiten und die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern wurde ein wissenschaftlicher Beirat für Waldpolitik einberufen, der demnächst seine Arbeit aufnimmt.

11. Halten Sie eine Stärkung der ökologischen Landwirtschaft mit Fruchtfolge für sinnvoll?

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die konventionelle und ökologische Landwirtschaft weiter durch marktwirtschaftliche Reformen verbessern, damit Landwirte erfolgreich am Markt bestehen können. Deshalb unterstützt liberale Agrarpolitik die Landwirte in ihrer unternehmerischen Freiheit und setzt sich für gleiche Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU ein.

12. Unterstützen Sie den vegetarischen Donnerstag in Münster?

Nein. So etwas ist für mich eine Sache, die jeder für sich privat entscheiden soll.

13. Sind Sie für eine klare und einheitliche Deklaration von vegetarischen und veganen Produkten?

Wir wollen keine gesetzlichen Vorschriften, begrüßen jedoch Initiativen der Lebensmittelwirtschaft für freiwillige Kennzeichnung von Produkten, die nicht nur kein Fleisch enthalten, sondern bei denen auch im Produktionsprozess keine tierischen Produkte beteiligt sind. Ein Beispiel ist die Käseherstellung, die unter Verwendung tierischer oder mikrobieller Labes erfolgen kann.

Der Verbraucher kann sich bei verarbeiteten Produkten an der Zutatenliste orientieren. Die einzelnen Zutaten müssen im Zutatenverzeichnis in absteigender Reihenfolge angegeben werden. Zusatzstoffe sind – von wenigen Ausnahmen abgesehen – im Zutatenverzeichnis aufgeführt: mit einem Klassennamen, der den Anwendungsgrund erkennen lässt, z.B. „Farbstoffe“ und mit ihrer chemischen Bezeichnung, z.B. „Kurkumin“ oder mit ihrer E-

Nummer, z.B. „Farbstoff E 100“, einer spezifischen Angabe, sofern der Zusatzstoff aus bestimmten potentiell allergenen Rohstoffen gewonnen wurde, z.B. „Emulgator Sojalecithin“ oder „Emulgatoren E 322 (aus Soja)“. So können sich auch Verbraucher informieren, die bestimmte Zusatzstoffe aus Gründen individueller Empfindlichkeiten meiden möchten.

14. Sind Sie gegen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen im Münsterland?

Wir setzen uns für eine verantwortliche Nutzung und weitere Erforschung der modernen Biotechnologie ein. Die Sicherheit der Züchtungsmethode hat sich in jahrzehntelanger Praxis erwiesen und wurde durch umfangreiche Risikoforschung bestätigt. Die Nutzung der von der EU nach sorgfältiger, wissenschaftlicher Prüfung zugelassenen Sorten muss auch in Deutschland möglich sein. Wir wollen mehr Transparenz, Sicherheit und damit Vertrauen zwischen Produzenten und Kunden herstellen. Wir wollen dem mündigen Verbraucher die notwendigen Informationen für eine freie und fundierte Entscheidung für Einkauf und Ernährung zur Verfügung stellen. Deshalb möchten wir eine konsequente Prozesskennzeichnung für alle Lebensmittel und Konsumgüter, bei deren Produktion an irgendeiner Herstellungsstufe gentechnisch veränderte Organismen beteiligt sind. Nur so ist eine vollständige Aufklärung des Verbrauchers möglich.

15. Halten Sie es für sinnvoll, 40% der Weltmeere unter Schutz zu stellen?

Zum Schutz der Meeresflora und --fauna muss ein globales System von Meeresschutzgebieten geschaffen werden. Insbesondere dort wo Deutschland direkt Einfluss nehmen kann, also in der eigenen AWZ, in der EU und bei regionalen Schutzabkommen, soll konsequent weiter an der Unterschutzstellung von Meeresgebieten gearbeitet werden. Für uns liegt ein Schwerpunkt aber insbesondere in der Überwachung bereits vorhandener Schutzgebiete. Wir wollen besonders die afrikanischen Staaten dabei unterstützen, das illegale Fischen in ihren Wirtschaftszonen wirksamer zu unterbinden.

16. Halten Sie eine bessere Kennzeichnung von Fischprodukten im Supermarkt für notwendig?

Die Kennzeichnung von Fisch kann in einigen Punkten verbessert werden. Diese Verbesserungen können jedoch nicht unbedingt vom Gesetzesgeber erbracht werden, sondern müssen im Dialog zwischen den Verbrauchern, den Fischereiverbänden und der Wirtschaft erfolgen. Bewährt hat sich das bei Verbrauchern inzwischen sehr bekannte MSC-Siegel. Wir befürworten den privatwirtschaftlichen Weg einer Zertifizierung durch den MSC, weil dadurch die nachhaltige Bewirtschaftung von Fischbeständen gesichert wird.

17. Sind Sie dafür, die Benutzung von Plastiktüten unattraktiv zu machen, um unnötigen Müll zu vermeiden?

Während der europäische Durchschnitt der Verwertung von Kunststoffabfall bei etwa 59 % liegt, steht Deutschland mit 99 % Verwertungsrate neben der Schweiz, Dänemark und

wenigen weiteren Staaten an der Spitze Europas. Die FDP ist deshalb der Auffassung, dass es vor allem darauf ankommt, die Situation in der EU und weltweit zu verbessern, Für dieses Ziel werden wir uns auch weiterhin einsetzen. In Deutschland unterstützt die FDP das Ziel, das Recycling insgesamt noch weiter zu stärken.

18. Befürworten Sie, dass Deutschland langlebige Produkte fördert und der Industrie klare Vorgaben für die Mindestlebensdauer eines Produktes vorschreibt?

Die FDP ist nicht der Auffassung, dass Vorgaben für eine Mindestlebensdauer von Produkten sinnvoll sind. Solche Vorschriften wären zum einen nur wirksam, wenn sie weltweit, mindestens aber EU-weit vereinbart würden. Solche Vorgaben ausschließlich Produzenten in Deutschland vorzusehen, wäre offensichtlich nutzlos. Andere Länder dafür gewinnen zu wollen, wäre weder aussichtsreich noch sinnvoll, weil dies den technischen Fortschritt und die Geschwindigkeit der Marktdurchdringung mit jeweils modernen Produkten, die sich dem Stand der Technik entsprechen, verlangsamen würde.

Von allen anderen Nachteilen abgesehen wäre dies auch ökologisch sehr kontraproduktiv. Alle Bemühungen, die Energieeffizienz bei den Verbrauchern zu verbessern und die Vergeudung von Energie zu verringern, würden erheblich erschwert, wenn man die Verbraucher zwingen würde, beispielsweise zehn Jahre lang den gleichen Kühlschrank zu benutzen, der vielleicht das fünf- oder sechsfache an Strom verbraucht wie ein neuer Kühlschrank.

Aus ökologischen Gründen könne es besonders sinnvoll sein, auf neue Produkte umzusteigen, gerade bei solchen, die besonders günstig zu erwerben sind. Wenn der Staat eine Mindestlebensdauer vorschreiben würde, verringert sich die Bereitschaft, veraltete Produkte auszutauschen, weil derartige Vorschriften die Produktionskosten und also auch Produktpreise erhöhen. Und je teurer ein Produkt ist, desto länger werden die privaten Nutzer es in Betrieb halten wollen. Schließlich: eine Mindestnutzungsdauer beinhaltet auch eine bedenkliche soziale Komponente. Nach unserer Überzeugung muss deshalb die Möglichkeit bestehen bleiben, frei zu entscheiden, zwischen einfachen und höherklassigen Produkten, die ganz normal im Wettbewerb zueinander stehen. Warentests und Erfahrungswerte bilden eine sinnvolle Entscheidungsgrundlage für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Staatliche Vorgaben einer Mindestlebensdauer für Produkte sind unter den nutzlosen politischen Ideen eine besonders schlechte.

19. Sind Sie für ein Verbot von Rüstungsexporten?

Nein.

20. Sind Sie der Meinung, dass Wasser weiterhin ein öffentliches Gut sein soll?

Legt man das wirtschaftswissenschaftliche Verständnis für „öffentliches Gut“ zugrunde, so lautet der Befund eindeutig: Wasser war noch nie ein öffentliches Gut, sondern immer ein privates: Nutzungsmöglichkeiten beeinträchtigen sich gegenseitig, und dass der Marktausschluss funktioniert, merkt jeder recht bald, der seine Wasserrechnung nicht bezahlt. Gemeint ist wohl eher die Bereitstellung des privaten Gutes „Trinkwasser“ durch

den Staat statt durch Private. Dem Staat bei der Bereitstellung von Gütern pauschal den Vorzug zu geben, halten wir für falsch.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Bahr

Berlin, 2. September 2013